

Vertriebene nach dem 2. Weltkrieg

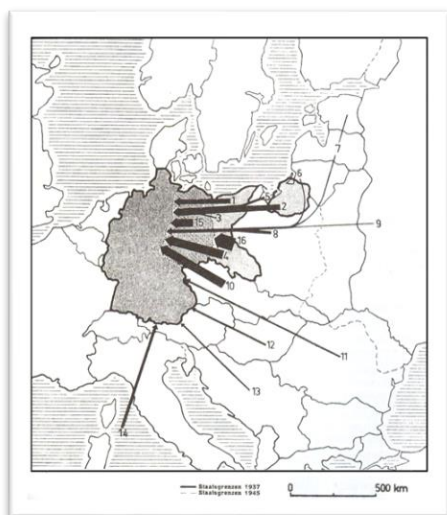
„Migration in den Bachgau“

Geflüchtet, vertrieben im Bachgau gestrandet.

Mit der bedingungslosen Kapitulation endete im Mai 1945 die völkerrechtliche Existenz des Deutschen Reiches.

Es gab keine autorisierten und legitimierte Vertreter des deutschen Volkes mehr. Über das weitere Schicksal der Deutschen entschieden allein die Siegermächte.

Schon im Februar 1945 hatten sich die Alliierten in Jalta darauf verständigt, nur Berlin gemeinsam zu regieren, das übrige Deutschland wurde in Zonen aufgeteilt. Frankreich nahm an dieser Konferenz nicht teil, USA und Großbritannien traten später Teile ihrer Gebiete an



Frankreich ab, so dass auch Frankreich eine eigene Zone erhielt.

Auf der Nachkriegskonferenz im Juli/August 1945 in Potsdam einigten sich die „Großen Drei“ zum letzten Mal auf einheitliche Grundsätze zu Verwaltung Deutschlands. Die vier D's: Demilitarisierung, Denazifizierung, Dekartellisierung und Demokratisierung. Schon bald zeigte sich, dass Ost und West dieselben Begriffe nutzen, aber völlig andere Vorstellungen damit verbanden.

Ferner billigten die Konferenzteilnehmer die „Überführung“, das heißt die Zwangsausweisung von Deutschen aus ihren Siedlungsgebieten im Osten.

Zwölf Millionen Menschen verloren dadurch ihre Heimat!

Die Sowjetunion erklärte ferner, Pommern, Schlesien, West- und Ostpreußen

von Deutschland abzutrennen und Teile davon Polen, als Ausgleich für die Verluste durch den Hitler/ Stalinpakt von 1939, abzutreten. Die Westmächte stimmten diesem Vorhaben nicht zu, akzeptierten es aber.

Bayern gehörte nach den Vereinbarungen von Jalta zur amerikanischen Besatzungszone. Verwaltungsaufgaben wurden schon früh deutschen Stellen übertragen. Am 25. Mai 1945 ernannte die amerikanische Militärregierung bereits einen vorläufigen Ministerpräsidenten und vier Minister. Entscheidungsbefugnis hatte allerdings nur die Besatzungsmacht. Großostheim z.B. hatte im April 1945 schon wieder einen Ortspolizisten.

In den Anfangsjahren hatte sich die deutsche Verwaltung neben dem Wiederaufbau des Landes um drei Hauptprobleme zu kümmern:

An erster Stelle stand die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnraum und anderen wichtigen Gütern. Eine schier unlösbare Aufgabe angesichts des Zustroms von Flüchtlingen, Vertriebenen, Ausgebombten und DP's. Displaced Persons, zerstörten Wohngebieten und Transportwegen, sowie Mangel an Kompetenz und Personal.

Der zweite Schwerpunkt der Arbeit lag auf der von den Amerikanern angeordnete Entnazifizierung der gesamten Bevölkerung. Diese formalbürokratische Art der Vergangenheitsbewältigung verhinderte damals die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und den Verbrechen des Regimes. Bereits 1948 stellten die Amerikaner die Aufsicht über die Spruchkammern ein. 1952 erklärte die inzwischen gegründete Bundesregierung die Entnazifizierung für abgeschlossen. 1956 hob sie alle Einschränkungen auch für Hauptschuldige auf.

Der dritte zentrale Aufgabenbereich war die Bewältigung der Flüchtlingsfrage*

**Flüchtling war damals die offizielle Bezeichnung für Flüchtlinge und Heimatvertriebene.*

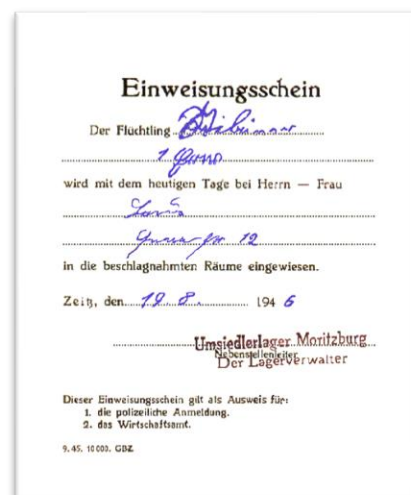
Bereits gegen Kriegsende hatte die Flucht vor der Roten Armee aus den

deutschen Ostgebieten eingesetzt. 1946 erreichte der Zustrom an Flüchtlingen und Vertriebenen in Bayern mit den organisierten Ausweisungstransporten aus dem Sudetenland seinen Höhepunkt.

Zunächst überließ die bayerische Regierung Hilfsmaßnahmen für Flüchtlinge und Vertriebenen caritativen Organisationen wie dem Bayerischen Roten Kreuz, musste dann aber auf Drängen der Besatzungsmacht die Versorgung als staatliche Aufgabe akzeptieren. Mit der Verordnung Nr. 3 vom 2.11.45 wurde die Stelle eines Staatskommissars fürs Flüchtlingsfragen eingerichtet. Dessen Behörde blieb bis 1950 bestehen. Unterhalb des Staatskommissars wurden auch Landkreis- und Ortskommissare eingesetzt.

Die Alliierten hatten von Anfang an das Flüchtlingsproblem als rein deutsches Problem betrachtet, mit dem die Deutschen selbst klarkommen mussten. Die amerikanische Militärregierung legte nur die Rahmenbedingungen fest und korrigierte wenn nötig.

Die bayerische Regierung befasste sich nur zögernd mit dem Flüchtlingsproblem.



lem, reagierte auf akute Notstände oft mit Verspätung und stand den Neuankömmlingen abwartend bis ablehnend gegenüber.

Die zuständigen Dienststellen verfügten 1945/46 wegen der Entnazifizierung nur über wenig Personal und das Kommunikations- und Transportsystem hatte

Vertriebene nach dem 2. Weltkrieg

erhebliche Lücken. Die Amerikaner griffen immer wieder in die Flüchtlingsverwaltung ein und es kam vielfach zu Spannungen zwischen der einheimi-

seiner alten Verfassung mit Art. 6 und 7 eine eigene Staatsbürgerschaft. Für die Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte, wie die Teilnahme an Wahlen und die Wählbarkeit, war aber der Aufenthalt von mindestens einem Jahr in Bayern erforderlich, den die Flüchtlinge und Vertriebenen nicht hatten. Man behelf sich im Großostheimer Gemeinderat mit einem „Flüchtlingsvertrauensmann“ in den verschiedenen Gremien. Die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen setzte eine Angleichung der sozialen Verhältnisse voraus, also die Anhebung ihres Lebens-

Lastenausgleich und beruflicher und gesellschaftlicher Eingliederung.

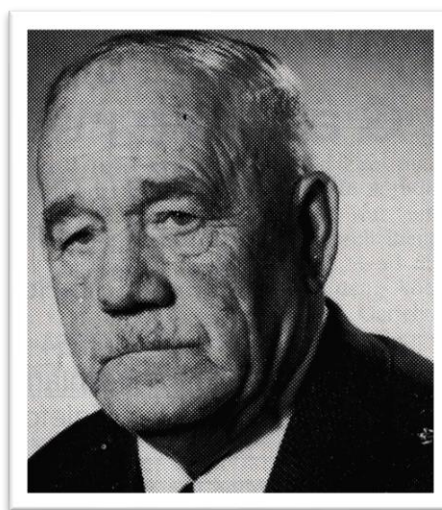
Unmittelbar nach Kriegsende kamen zunächst -per Zwangszuweisung- zahlreiche Flüchtlinge und Vertriebene nach Großostheim. Sie kamen mit dem Zug am Bahnhof an oder wurden von amerikanischen LKW's am Rathaus abgeladen. Schon allein auf Grund des Wohnungsmangels stellte der Zuzug von Vertriebenen – bis 1949 waren es rund 1400- die Gemeindeverwaltung vor nahezu unlösbare Probleme. Sie konnte die Aufnahme nicht ablehnen, hatte aber auch keinen annähernd ausreichenden Wohnraum. Also blieb dem zuständigen Flüchtlingskommissar nichts anderes übrig als die notwendigen Räume zu beschlagnahmen. Anfangs wurden dabei die ortsbekanntesten Anhänger des Nationalsozialismus „bevorzugt“, aber bald mussten auch alle anderen eng zusammenrücken. In mancher „Guten Stube“ lebten, nur durch gespannte Schnur mit übergehängter Decke getrennt, laut Gemeindearchiv, zwei Familien mit bis zu zehn Personen in einem Raum. Sanitäreinrichtung und Küche mussten nach Absprache genutzt werden. Zusammenleben mit Fremden auf engstem Raum erleichterten das ohnehin schwierige Leben in dieser Zeit nicht gerade.

Wenn es auch in Großostheim genügend Arbeitskräfte und erschlossenes Bauland gab, fehlte es doch wie überall an Geld und noch viel mehr an Baumaterial.

Nur ein Tropfen auf den heißen Stein waren daher 18.10.1948 der Ausbau von Wohnungen im Feuerwehrgerätehaus, im März 1949 Bau einer Wohnung im Rathaus, im Februar und Mai die Aufnahme von Krediten von 20.000 und 70.000 DM zum Bau von Wohnblocks in der Pflaumheimer Straße, sowie die Einführung eines Notgroschens für den Wohnungsbau. 1950 wurden im Haushalt Gelder für 22 Wohneinheiten am ehemaligen Flugplatz bereitgestellt. Schon 1947 entstanden Pläne den ehemaligen Flugplatz im Unterwald für Siedlungszwecke zu nutzen. Im September 1945 hatte dort die Gemeinde das Verfügungsrecht über den Grund und Boden wiedererlangt. Seit 1945 lebten dort auch schon einige Familien in Behelfsunterkünften, so die Familie Klabunde in der ehemaligen Wache/Birkenhäuschen, Familie Kartschall in der Flugleitung, später erste Kirche und Schule des Ortsteils, die Familie Thamm und Gietzen im ehemaligen



schen Bevölkerung und den Flüchtlingen und Vertriebenen. Anfangs beschränkten sich Hilfsmaßnahmen auf die lebensnotwendige Fürsorge. Es gab keinen übergeordneten Plan und kein Konzept. Erst auf Anweisung der amerikanischen Militärregierung, die, überzeugt von der Endgültigkeit der Vertreibung, eine schnelle Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen forderte, änderte die Regierung ihre Politik. Das zoneneinheitliche Flüchtlingsgesetz vom 3. Dez. 1947 stellte Einheimische und Flüchtlinge hinsichtlich ihrer Rechte und Pflichten gleich. Die Bundesrepublik gab es noch nicht und Bayern hatte nach



Vertrauensmann Gottlieb Glawion aus Cosel in Oberschlesien

niveaus auf das der einheimischen Bevölkerung. Wirklich gelöst wurde die Flüchtlingsfrage erst, nach Gründung der Bundesrepublik, in den 50er Jahren durch Wohnungsbauprogramme, dem



Vertriebene nach dem 2. Weltkrieg

Kasino und die Familien Kiefel, Kripale und Hirschl in zwei Gebäuden neben dem Birkenhäuschen am Ostring. Die Familie Knirsch zog im ehemaligen Labor der Forschungsstelle ein und Familie Förtig baute auf dem Keller der sprengten Kommandantur ihr Wohnhaus. Es gab eine, wenn auch geringe, Infrastruktur für Strom und Wasser, der Boden eignete sich nicht für landwirtschaftliche Nutzung, es ging daher kein wertvolles Ackerland verloren, und es gab genügend Gelände um Betriebe, wie das Lokomotivausstattungswerk Kober & Co., später die Fa. Löffler & Co. Steppdecken-Watte-Fabrik in der ehemaligen Einsatzhafenscheuer anzusiedeln. Familie Erhard Knirsch, Nordring Nr.8 benutzte den Forschungsbunker für ihre Spielwarenproduktion um Arbeitsplätze für die Bevölkerung zu schaffen. Vom Antrag der ersten Siedlergruppe im März 1947 dauerte es dann aber doch bis zum Mai 1949 bis mit den Bauarbeiten an den ersten sieben von 230 geplanten Doppelhäusern am Südring begonnen werden konnte. Mit großer Eigenleistung, mit Steinen aus dem örtlichen Steinbruch, der örtlichen Ziegelei, und Fa. Panzerlitt mit Produkten der Fa. Chemo-Massivbau, Treppenstufen, Fensterbänke etc. konnte bereits am 11.7.1949 Richtfest gefeiert werden und an Weihnachten noch vor der offiziellen Freigabe eingezogen werden. Es waren die Familien: Hans Schidrich Nr.2, Eduard Hutter Nr.4, Emil Erben Nr.6, Stefan

Purman Nr.8, Willi Hesral Nr.10, Kurt Scholz Nr.12 Richard und Walter Bufe Nr. 14. Später folgten die Familien: Georg Gerlach Nr.16, Richard Koch Nr.18, Hermann Loos Nr.20, Justin Roth Nr. 22, Johann Ott Nr. 24, Wilhelm Ölze Nr. 26 und Michael Alig N.2. In der Sonnenstraße siedelten in fünf weiteren Doppelhäusern Willi Strick Nr.2, Sa-

und Roland Sieding 14. Dez. Im Oktober 1953 interessierte sich die Landeswohlfürsorge für 6000 m² Wohnfläche im Erbbaurecht, denn das Regierungsflüchtlingslager Hammelburg sollte aufgelöst werden. Wegen der fehlenden Infrastruktur und mangelnden Kapitals zerstückelten sich die Pläne und der weitere Ausbau Ringheims stagnierte zunächst.



Auch ein Wagen mit Bürgern aus dem neu gegründeten Ortsteil Ringheim beteiligte sich 1951 am Fasenachtszug. In großen Buchstaben war zu lesen: "Ringheim fordert eine U-Bahn".

muel Klein Nr.4, Wilhelm Lenz Nr.6, Willi Kumpel Nr.8, Gustav Vojacek Nr.10, Wilhelm Büttner Nr.12, Rudolf Strobel Nr.14, Karl Geist Nr.16 und Josef Gawohl Nr.18 und Josef Pecho sen. Neubauten zwischen Hasselstraße und Südring, an der Sonnen- und Birkenstraße folgten. Später kamen die Häuser der Schlesier- Breslauer- und Venusstraße hinzu. Bis 1960 war das Kerngebiet des Ortsteils, der am 7. Juli 1950 den Namen Ringheim erhielt bebaut. 498 Menschen hatten hier ein neues Zuhause gefunden. Die ersten echten Ringheimer Bürger wurden 1950 geboren: Brigitte Ludwig, 10. Febr. (verh. Wetzels), Brigitte Metzner (verh. Stenger) 11. April, Wolfgang Helm 2. Mai, Elvira Deck 17. Mai

Ein Quadratmeter Baugrund kostete 1949 zehn Pfennige. Allerdings musste man auch den geringen Verdienst zwischen 80-90 Pfennig Stundenlohn in Relation setzen. Fünfzehn Jahre später, 1964, kostete der Quadratmeter in der Bornthalstraße bereits 15.- DM. Mit der steigenden Einwohnerzahl etablierte sich auch das gesellschaftliche und geschäftliche Leben. Im Haus Loos eröffnete Heinrich Metzner einen Lebensmittelladen, im Haus Schidrich gab es eine Kohlenhandlung und die erste Poststelle. Beliebt waren die Gaststätte Hutter und das Cafe von Oma Roth mit dem ersten Fernseher. Das Waldcasino in der ehemaligen Flugplatzkantine, war Treffpunkt vieler Ausflügler, von den Familien Thamm und Gietzen betrieben entwickelte sich das Lokal zur Keimzelle vieler Ringheimer Vereine. Mit dem Bau von Kirche, Schule Kindergarten und anderen Sozialeinrichtungen, mit weiteren Wohnungen und der Anbindung an das öffentliche Verkehrsnetz, der Bahnanschluss wurde inzwischen abgebaut, mit Gewerbebetrieben und Arbeitsplätzen, sowie mit der politischen, kulturellen und kirchlichen Vertretung in der Marktgemeinde, sind die einst Fremden in ihrer Neuen Heimat angekommen.

